

Zahlungsdienstleister

Zahlungsabwicklung für Hochrisikokunden: Die Vergangenheit holt Wirecard ein

Anlegerschützer haben Strafanzeige gegen den Zahlungsdienstleister gestellt. Der Vorwurf: Er soll Zahlungen für illegale Geschäfte abgewickelt haben. Der Konzern dementiert. Wie abhängig ist er von Risikobranchen?

Felix Holtermann, Christian Schnell
03.03.2020 - 19:00 Uhr



Der Zahlungsdienstleister will umstrittene Geschäftspartner hinter sich lassen. Foto: Reuters

Frankfurt, München. Die Anschuldigungen wiegen schwer: Es geht um „Finanztransfers in Zusammenhang mit mutmaßlich betrügerischen Online-Trading-Webseiten sowie für illegale Online-Gambling-Webseiten in beträchtlichem Ausmaß“. Solche Geschäfte sollen „seit vielen Jahren ungehindert und ungestraft“ über den Dax-Konzern Wirecard gelaufen sein.

Das wirft zumindest die Wiener Anlegerschutzorganisation „European Funds Recovery Initiative“ (EFRI) dem Zahlungsdienstleister aus Aschheim vor. EFRI vertritt nach eigenen Angaben mit Anwälten aus mehreren Ländern gut 780 Opfer betrügerischer Online-Trading-Webseiten.

Den Schaden ihrer Mandanten beziffert EFRI auf mehr als 28 Millionen Euro. Eine zentrale Rolle spielt bei den Vorwürfen „die in Deutschland mit einer Bankkonzession ausgestattete Wirecard Bank AG“. Die EFRI-Vertreter behaupten, der Konzern ermögliche „den mutmaßlichen Betrug an Tausenden europäischen Kleinanlegern“.

„Wir haben den Verdacht auf Geldwäsche Mitte Februar gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der Staatsanwaltschaft München und der Europäischen Zentralbank angezeigt“, erklärt EFRI-Mitgründerin Elfriede Sixt.

Sie sagt: „Der seit Jahren andauernde Betrug wird von europäischen Finanzdienstleistungsunternehmen ermöglicht. Deutsche Banken wie Wirecard dienen vermehrt als Kapitalsammelstellen oder Zahlungsabwickler. Nur wenn sie zur Verantwortung gezogen werden, kann diese Art von Internetkriminalität beendet werden.“

Die Geldwäschanzeige liegt dem Handelsblatt vor. Die Staatsanwaltschaft München hat den Eingang bestätigt: Man prüfe die Einleitung von Ermittlungen, erklärt die Behörde. „Die Eingabe ist der Abteilung Geldwäschrprävention der Bafin Mitte Februar zugegangen“, teilt eine Sprecherin der Finanzaufsicht mit. „Die Informationen werden im Rahmen der laufenden Aufsichtstätigkeit untersucht. In diesem Zusammenhang erfolgt auch ein Austausch mit anderen Behörden.“

Immer wieder Wirecard: Der Konzern zählt zu den Wachstumswerten im Dax, muss sich aber gegen immer neue Vorwürfe wehren. Groß geworden ist die Firma in den Nullerjahren mit der Zahlungsabwicklung für Onlineshops, vor allem aber für Glücksspiel- und Pornoseiten. Heute versucht der Konzern, seine halbseidene Vergangenheit abzuschütteln. Doch diese wirkt nach.

Problematische Geschäftspartner

Die Anzeige aus Wien listet zahlreiche problematische Geschäftsbeziehungen auf. Wirecard soll „Betreibern von mutmaßlich betrügerischen Online-Trading-Seiten“ Bankkonten zur Verfügung gestellt haben. Über diese hätten die Anbieter Gelder entgegengenommen und weitergeleitet.

Auch soll Wirecard es unlicenzierten oder betrügerischen Portalen ermöglicht haben, „Kreditkartenzahlungen entgegenzunehmen und somit Vermögenswerte aus illegalen Quellen in den legalen Wirtschaftskreislauf“ einzuschleusen, so die Vorwürfe.

Zu den mutmaßlich betrügerischen Finanzportalen, für die Wirecard zwischen 2012 und 2019 Konten bereitgestellt haben soll, zählen laut der Anzeige Banc de Binary, Option 888, Handel-FX und 24-Option. Kreditkartenzahlungen habe der Konzern für die Seiten Algotechs, Bealgo, Any-Option und EZ Invest abgewickelt. Untermauert werden die Vorwürfe mit Überweisungsbelegen, Angaben auf den Webseiten der Portale sowie Kontoführungsunterlagen der Wirecard Bank, die im Zuge laufender

Ermittlungen publik wurden.

Der Konzern weist die Verdächtigungen zurück: „Wirecard unterstützt in keiner Weise unlicenzierte Online-Trading- oder Gambling-Seiten. Wirecard lässt in diesen Bereichen ausschließlich Unternehmen mit gültiger, staatlicher Lizenz auf ihrer Plattform zu. Zudem führt die Wirecard Bank AG bei Annahme solcher Kunden eine Hintergrundrecherche durch mit dem Ziel, unseriöse Trading-Plattformen zu identifizieren und von der Annahme auszuschließen.“

Die mutmaßlichen Betrüger gingen geschickt vor, sagt Sixt: „Offiziell boten die Online-Trading-Plattformen Wertpapierdienstleistungen für Kleinanleger an.“ Nur ein Teil hätte jedoch über eine EU-Lizenz aus Malta oder Zypern verfügt – und praktisch kein Anbieter über lautere Absichten.

„Es handelt sich bei 99 Prozent der Online-Trading-Webseiten um reine Betrugsorganisationen“, sagt Sixt. Die Wirtschaftsprüferin und frühere Ernst-&Young-Partnerin beobachtet seit Jahren die wachsende Finanzkriminalität im Netz (siehe Kasten).

Thomas Mohrmann ist eines der Opfer. Der Unternehmer aus Franken hat einen Großteil seines Firmenvermögens an das Portal Handel-FX verloren. Über Monate hatte ihn ein vermeintlicher Börsenhändler bearbeitet. Am Ende überwies Mohrmann, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will, in mehreren Tranchen 2,4 Millionen Euro, angeblich für Aktien und Devisenpapiere. Das Geld ist weg, seine Firma stand vor dem Ruin.

Wie viele Betrugsoffer kann er es nicht fassen, dass er auf die Betrüger hereinfiel: „Ich bin eigentlich ein misstrauischer Mensch.“ Doch das Finanzportal sah seriös aus. Und dessen Bank signalisierte Sicherheit: die deutsche Wirecard. „Hätte ich mein Geld nach Portugal oder Zypern schicken sollen, wäre ich nie eingestiegen“, sagt er.

Besondere Verantwortung

Welche Verantwortung trägt Wirecard? Erleiden Kunden bei Onlinegeschäften Verluste, haftet grundsätzlich der Vertragspartner, nicht der Zahlungsdienstleister. Es gibt jedoch Ausnahmen, etwa im Fall illegaler Geschäfte.

„Banken und Zahlungsdienstleister müssen geeignete Monitoring-Systeme vorhalten, um auffällige Transaktionen auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu identifizieren“, erklärt die Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin. Ergäben sich Verdachtsmomente, seien sie verpflichtet, diese an die Zentralstelle FIU zu melden und die Transaktionen im Zweifel zu stoppen.

Entscheidend ist daher, ob Wirecard hätte wissen müssen, wenn Geschäfte illegal oder zumindest dubios waren. „Das gehäufte Auftreten von Wirecard in all diesen Betrugsfällen ist unseres Erachtens nach ein starkes Indiz dafür, dass die gesetzlich

wie auch regulatorisch erforderlichen Risikomanagementsysteme beziehungsweise Fraud-Detection-Systeme entweder nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß angewandt werden“, behauptet hierzu die Anzeige aus Wien.

Wirecard weist das zurück: „Werden glaubhafte Hinweise zu betrügerischen Aktivitäten von Trading-Plattformen erst im Laufe der Geschäftsbeziehung bekannt, erstattet die Wirecard Bank AG Geldwäscheverdachtsmeldungen und löst in diesem Zusammenhang auch die Geschäftsverbindungen auf.“

EFRI hat neun Wirecard-Konten ermittelt, die für illegale Geschäfte genutzt worden sein sollen. Weitere Transaktionen seien per Kreditkarte abgewickelt worden, was schwerer zurückzuverfolgen sei. Wirecard erklärt, zu den genannten Unternehmen dürfe man sich aus rechtlichen Gründen nicht äußern. „Wir können aber bestätigen, dass nach Kenntnisnahme von Unregelmäßigkeiten gegen Merchants frühzeitig Verdachtsmeldungen eingereicht und Geschäftsbeziehungen gekündigt wurden.“

Aus gut informierten Kreisen verlautet, dass vier der neun Konten bereits im Jahr 2016 geschlossen worden sein sollen, etwa das Konto einer bereits kritisch diskutierten Firma aus dem Umfeld des Portals Option 888. Ein fünftes Konto sei im Dezember 2019 mit einer Verdachtsmeldung versehen worden. Bei den restlichen vier liefen die Geschäftsbeziehungen demnach weiter oder sei die Situation unklar.

Tut Wirecard genug gegen den Missbrauch seiner Plattform? Betrugswarnungen gibt es im Internet zuhauf, zahlreiche Portale stehen im Fokus der Behörden. Nachdem US-Beamte bei den Ermittlungen gegen Banc de Binary um Amtshilfe geben hatten, wurde im Dezember 2015 sogar Wirecards Zentrale durchsucht.

2013, 2016 und 2019 warnten Aufsichtsbehörden in Kanada, Frankreich und Italien vor 24 Option. Das dahinterstehende zypriotische Unternehmen wird jedoch Finanzkreisen zufolge weiter von Wirecard als Kunde geführt. Im Oktober 2019 warnte die österreichische Finanzmarktaufsicht vor Handel-FX. Zahlungen über das Wirecard-Konto einer verbundenen Firma flossen dennoch laut Finanzkreisen und Anlegerangaben bis Dezember weiter.

In der Geldwäschedebatte wirkt der Konzern wie ein Getriebener. Sein Herzstück, die Wirecard Bank, entstand 2006 durch die Übernahme einer kleinen Wertpapierhandelsbank. Insider nennen sie das Alleinstellungsmerkmal, das das vergangene Wachstum erst ermöglicht hat.

Dennoch ist die Bank klein, beschäftigte laut Bundesanzeiger Ende 2018 nur 151 Mitarbeiter. Ein Antigeldwäschekonzept gab es bis 2018 nur für die Bank, nicht für den Konzern. Nur diese unterliege den Anforderungen des Geldwäschegesetzes, so die Begründung.

Inzwischen verstärkt der Vorstand seine Bemühungen. So wurde „mit der Einrichtung eines zentralen Ressorts für die konzernweite Steuerung konzernweiter Tätigkeiten zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung begonnen“, heißt es

im jüngsten Jahresbericht. Im Frühjahr 2019 wurde das „Group AML Office“ eingerichtet, um einheitliche Mindeststandards umzusetzen.

Daneben besteht in der Bank die sogenannte „Zentrale Stelle“ weiter: In ihr sind der Geldwäschebeauftragte und vier weitere Mitarbeiter tätig. Sie übernehmen auch die Koordination des Group AML Office. Zwei Mitarbeiter sollen zeitnah hinzukommen, heißt es.

Ein weiterer Ausbau sei geplant, da sich die Zahl der erstatteten Verdachtsmeldungen parallel zum Geschäftswachstum entwickelt habe. Insider verweisen auf die vielen Compliance-Stellen, die Wirecard ausgeschrieben hat. 2019 hatte man angekündigt, die Aufsichtsabteilungen deutlich aufstocken zu wollen. Nach 230 wurden jüngst 350 Mitarbeiter als Zielmarke ausgegeben.

„Grundsätzlich gilt für uns das Prinzip: Jeder Händler, für den wir Zahlungen abwickeln, muss sich an alle Regeln und Gesetze halten“, hatte Konzernchef Markus Braun im November im Handelsblatt erklärt. „Sobald der Verdacht auftauchte, dass es sich um betrügerische Systeme handelte, haben wir die Beziehung zu diesen Anbietern gekappt und angemessene rechtliche Schritte eingeleitet.“

Margenträchtige Hochrisikobereiche

In der Frühphase machten Porno- und Glücksspielanbieter rund 90 Prozent der Geschäfte aus, nun ist ihr Anteil laut Wirecard auf unter zehn Prozent gesunken. Doch selbst diese Zahl deutet auf ein weiterhin hohes Engagement im Hochrisikobereich hin, wie ein einfaches Rechenbeispiel zeigt.

2008 wickelte Wirecard Transaktionen in Höhe von 8,4 Milliarden Euro ab. 90 Prozent hiervon wären rund 7,5 Milliarden Euro. In den ersten neun Monaten 2019 betrug das Transaktionsvolumen 124,2 Milliarden Euro. Zehn Prozent hiervon entsprächen 12,4 Milliarden Euro.

Das real abgewickelte Volumen der Hochrisikokunden wäre demnach im vergangenen Jahrzehnt gestiegen, nicht gesunken – trotz des starken Ausbaus anderer Geschäftsfelder. Und da die heute werbefinanzierte Erwachsenenunterhaltung laut Insidern keine Rolle mehr spielt, dürften Glücksspiel- und Tradingseiten noch wichtiger geworden sein.

„Wir diskutieren alle sechs Monate, uns von Hochrisikobereichen zu trennen“, sagt ein Wirecard-Topmanager. Das sei aber nicht so einfach. „Ohne manche Kunden, die seit 18 Jahren bei uns sind, weiß ich nicht, ob es uns noch gäbe.“

Diese Kunden nun einfach abzuschließen erschiene ihm als „machiavellistisch“. Und: „Wenn Sie es durchrechnen, sehen Sie, dass ein Ersatz nicht so einfach ist.“ Der Grund: Mit den Hochrisikokunden lassen sich deutlich höhere Margen erzielen. Der Manager betont aber auch: „Wir haben nie mit Absicht illegales Geschäft betrieben.“

99 Prozent unserer Kunden sind sauber.“

In Aufsichtskreisen werden die Partnerschaften genau beäugt. Ein ranghoher Bundesbanker berichtet, dass die Notenbank den kometenhaften Aufstieg von Wirecard kritisch betrachte. Ein weiterer Aufseher erklärt, die Monitoring-Systeme seien wiederholt gesondert geprüft worden. Laut einer internen Risikomatrix gelte Wirecard als besonders geldwäschegefährdet.

Mangelnde Transparenz

Auch wenn ein Großteil der Wirecard-Partner sauber ist, fürchten Beobachter Reputationsprobleme und mehr. Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies der Frankfurter Goethe-Universität, stellt klar: „Hier geht es nicht um moralische Fragen.

Falls Wirecard Zahlungen für illegale Plattformen unterstützt hat, die nicht über die nötigen Lizenzen verfügten oder betrügerisch agierten, könnten daraus Haftungsrisiken für den Konzern entstehen. Jeder Zahlungsdienstleister ist verpflichtet zu überprüfen, mit wem er Geschäfte macht.“

Der Ex-Investmentbanker kritisiert zudem die mangelnde Transparenz: „Es fehlt an einer detaillierten Aufschlüsselung von Umsatz und Ergebnis auf Segmente und Kundengruppen. Vor allem stellt sich die Frage, wie hoch der Anteil von Risikokunden am Gesamtergebnis ist.“

Bis dato belastete vor allem die Bilanzsonderprüfung die Stimmung, mit der Wirecard die Vorwürfe angeblicher Scheingeschäfte und halbseidener Partnerschaften widerlegen will. Mit der Anzeige aus Wien rückt nun die Frage in den Fokus: Wie – und mit wem – verdient der Konzern sein Geld? Die Geister der Vergangenheit, sie lassen Wirecard nicht los.

Mehr: Vorbereitung auf den Tag X: Der Zahlungsdienstleister wartet auf das Ergebnis der Bilanzsonderprüfung.